

Multiple Parteibindungen

Parteibindungen der Schweizerinnen und Schweizer
im internationalen Vergleich

Hermann Schmitt
Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung
Universität Mannheim
D-68131 Mannheim

hschmitt@mzes.uni-mannheim.de

Papier für den Jahreskongreß der SVPW
in Balsthal, 2.-3. November 2000

Abstract

Das Papier rekapituliert zunächst das Konzept der Parteibindungen und wendet sich darauf dem Spezialfall multipler Parteibindungen im internationalen Vergleich zu. Wie prominent sind solche multiplen Parteibindungen im Gefüge politischer Orientierungen? Drei institutionelle Variablen, die multiplen Parteibindungen verursachen könnten, werden auf ihre Wirkung überprüft: das Format des Parteiensystems, das Wahlrecht und die Dauer demokratischer Parteienkonkurrenz. Das Papier wendet sich dann dem Einfluß exklusiver bzw. multipler Parteibindungen auf die Wahlentscheidung zu. Es zeigt sich generell, (1) daß multiple Parteibindungen im internationalen Vergleich mehr als eine zu vernachlässigende Randerscheinung darstellen; (2) daß die begrenzte Wahlerfahrung von Wählern in neuen Demokratien der beste Prädiktor multipler Parteibindungen ist; und (3) daß die Konsequenzen multipler Parteibindungen für das Wahlverhalten recht begrenzt sind. Mit Blick auf die Schweiz ergibt sich (4), daß Parteibindungen angesichts der spezifischen Rahmenbedingungen relativ zahlreich und sehr konzentriert sind.

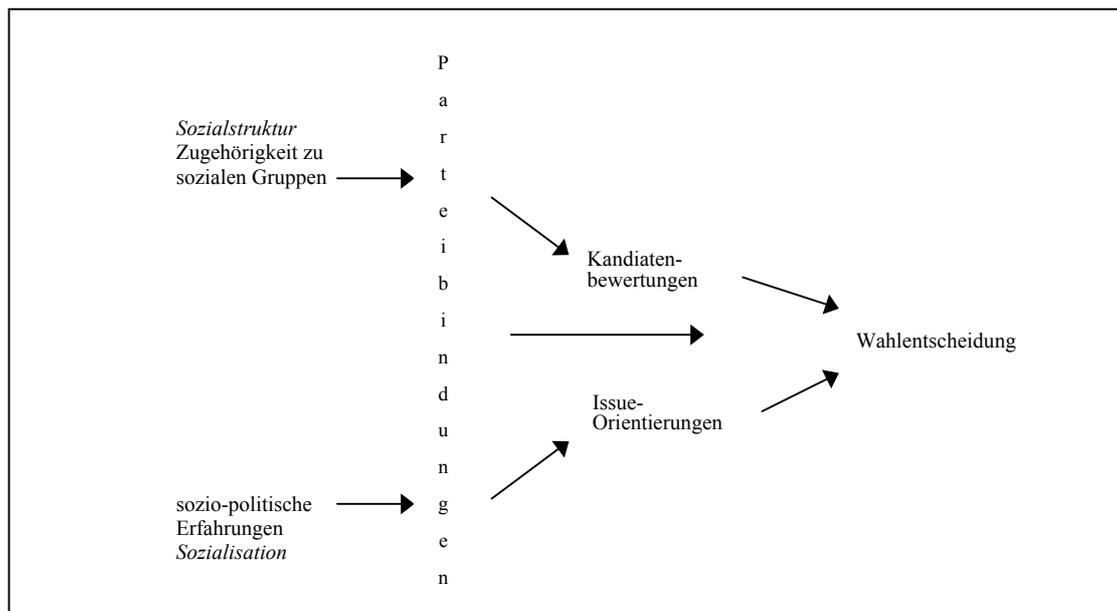
1. Das Konzept der Parteibindungen

Parteibindungen (*party identification*) spielen in vielen Analysen von Wahlverhalten eine wichtige Rolle.¹ Die grundlegende Formulierung des Konzepts geht auf den *American Voter* zurück. Dort werden Parteibindungen als psychologische Identifikation mit einer politischen Vereinigung bzw. als affektive Orientierung ihr gegenüber definiert (Campbell, Converse, Miller und Stokes 1960: 121 ff). Die Autoren des *American Voter* gingen davon aus, daß die Bürger im Zuge der primären politischen Sozialisation eine solche “psychologische Mitgliedschaft” mit einer der beiden konkurrierenden Parteien entwickeln – in der Regel durch die Übernahme der Parteiorientierungen der Eltern – und daß diese Parteibindung sich als Konsequenz wachsender Wahlerfahrung (d.h. durch die wiederholte Stimmabgabe für eine Partei; Converse 1969, 1976) verfestigt.

Modelle der Wahlentscheidung haben Parteibindungen zunächst als exogene Variable betrachtet, die neben der Wahl auch die Einstellungen zu politischen Streitfragen und den zur Wahl stehenden Kandidaten prägen und damit die Wahlentscheidung sowohl direkt als auch indirekt beeinflussen (Campbell et al. 1960:136 ff). Parteibindungen kausal vorgelagert sind nur Faktoren, die sich aus der sozialstrukturellen Position und der politischen Sozialisation der Wähler ergeben (Schaubild 1).

Schaubild 1

Das klassische sozialpsychologische Modell der Wahlentscheidung



Schon wenige Jahre nach der Veröffentlichung des *American Voter* wurden Parteibindungen auch in Wahlstudien außerhalb der Vereinigten Staaten erhoben. Dies führte zu der bekannten Debatte über die Bedeutung und generelle Anwendbarkeit des Modells (z.B. Budge et al. 1976). Es wurden zwei sehr grundsätzliche Einwände erhoben. Erstens wurde gezeigt, daß Parteibindungen zuweilen weniger dauerhaft als die Wahlentscheidung selber sind; damit erwies sich die ursprüngliche Stabilitäts-Annahme als falsch (Thomassen 1976). Zweitens wurde argumentiert, daß viele Wähler Parteibindungen zu mehr als einer Partei entwickeln; daraufhin wurde das Konzept aufgrund der Verletzung der Exklusivitäts-Annahme verworfen (van der Eijk & Niemöller 1983).

Eine Reihe von wichtigen Arbeiten am Anfang der 1980er Jahre haben die ursprüngliche Stabilitäts-Annahme revidiert. Es wurde gezeigt, daß Parteibindungen auch in der US-amerikanischen Politik endogene Variablen sind, die mit Issue-Orientierungen, Kandidatenbewertungen und der Wahlentscheidung selber über nicht-rekursive Effekte verbunden sind (vgl. z.B. Markus & Converse 1979; Page & Jones, 1979; Fiorina, 1981; Franklin & Jackson 1983; Franklin 1984). Die zitierten Arbeiten verstehen Parteibindungen als Ursache *und* Folge von aktuellen politischen Bewertungen und der Wahlentscheidung und sehen ihre Aufgabe darin, die relative wechselseitige Determination der verschiedenen Faktoren der Wahlentscheidung zu bestimmen. Vieles davon ist vom *rational choice*-Paradigma beeinflusst und führt Veränderungen in den Parteibindungen auf kognitive Prozesse in der Bewertung von Issues und Policies zurück. Schließlich sieht eine spätere Runde von Arbeiten, die am Anfang der 1990er Jahre einsetzt, kurzfristige Schwankungen in Niveau von Parteibindungen (*macro-partisanship*) u.a. verursacht durch Veränderungen in den affektiven und emotionalen Wahrnehmungen der Politik und ihrer zentralen Akteure (z.B. Whiteley 1988; MacKuen, Erikson & Stimson 1989, 1992; Marcus & MacKuen 1993). Unabhängig von den Ursachen der beobachteten Schwankungen in den Parteibindungen gehen wir deshalb mit der jüngeren amerikanischen Wahlforschung davon aus, daß es keine konzeptuelle Notwendigkeit für grundsätzlich stabile Parteibindungen gibt.

Die behauptete Verletzung der Exklusivitäts-Annahme wurde weniger gründlich beforscht. Cees van der Eijk und Kees Niemöller (1983:338) schließen aus ihren Analysen, daß “... die Annahme, daß Wähler sich mit nur einer Partei identifizieren (wenn sie sich überhaupt mit einer identifizieren) sich als falsch erweist, wenn man sie einer empirischen Überprüfung in den Niederlanden unterzieht” (meine Übersetzung, H.S.). Sie nahmen dies als weiteren Beleg für ihre These, daß Parteibindungen ein untaugliches Instrument seien – sowohl für die Analyse von holländischen Wahlverhalten als auch von solchem in europäischen Mehrparteiensystemen überhaupt. Dieser Befund wurde bisher nicht vergleichend überprüft. Weder wissen wir, (a) wie prominent multiple Parteibindungen in verschiedenen politischen Systemen sind. Wir wissen (b) nicht, welche Faktoren sie begünstigen. Schließlich wissen wir (c) wenig über die

Verhaltenskonsequenzen multipler Parteibindungen. Dies sind die drei allgemeinen Forschungsfragen, denen dieses Papier nachgeht. Abschließend werden wir uns mit Blick auf die Schweiz der Frage zuwenden, warum (d) Parteibindungen der Schweizerinnen und Schweizer im internationalen Vergleich “so unauffällig” sind.

2. Multiple Parteibindungen

2.1. Mögliche Ursachen

Was die Ursachen multipler Parteibindungen angeht, können wir mindestens drei konkurrierende Erklärungen unterscheiden: die holländische Hypothese, die Wahlrechts-Hypothese und die Wahlerfahrungs-Hypothese.

2.1.1. Die holländische Hypothese

Die in gewisser Weise radikalste ist die holländische Hypothese. Sie geht davon aus, daß das Konzept der Parteibindungen grundsätzlich falsch ist, weil Bürger sich nicht politischen Parteien, sondern mit sozialen Gruppen – etwa Klassen oder Konfessionen – verbunden fühlen. Politische Bindungen gibt es auch, diese sind aber nicht an Parteien, sondern an ideologischen Richtungen oder Tendenzen geknüpft. Parteibindungen sind in dieser Sichtweise nur ein Vexierbild der wirklich wichtigen Beziehungen, die die Bürger mit der Politik verbinden.

Wenn die Bürger sich aber nicht mit Parteien, sondern mit ideologischen Richtungen verbunden fühlen, und wenn es zudem eine Mehrzahl von ideologisch verwandten Parteien gibt, unter denen man wählen kann, dann scheint es nur plausibel, daß die Bürger sich mit mehr als einer Partei verbunden fühlen. Es ist demnach das Format des Parteiensystems, auf das es ankommt – die holländische Hypothese mündet in eine Hypothese über die (und gründet in Erfahrungen mit den) politischen Konsequenzen von Vielparteiensystemen: *je größer die Anzahl ideologisch nahestehender Parteien, um so größer die Wahrscheinlichkeit von multiplen Parteibindungen.*

2.1.2. Die Wahlrechts-Hypothese

Die zweite Erklärung hebt darauf ab, daß das Wahlrecht ein zentraler Faktor ist, der die Beziehung zwischen Parteien und Wählern beeinflusst. Das Argument ist einfach. In Verhältniswahlssystemen wählen die Wähler zwischen Parteien, während beim Mehrheitswahlrecht und in gemischten Systemen Kandidaten – zumindest auch – im Zentrum der Wahlentscheidung stehen. Daraus kann geschlossen werden, daß das reine Verhältniswahlrecht die Rolle und

Bedeutung von Parteien betont, während die Varianten des Mehrheitswahlrechts und gemischte Systeme die Rolle und Bedeutung der Kandidaten hervorhebt. *Nach der Wahlrechts-Hypothese sollte demnach das reine Verhältniswahlrecht Parteibindungen mit jeweils einer konkreten Partei kultivieren, während das Mehrheitswahlrecht und gemischte Systeme multiplen Parteibindungen zuträglich sein sollten.*

2.1.3. Die Wahlerfahrungs-Hypothese

Der dritte Erklärungsansatz stellt das Alter der demokratischer Parteienkonkurrenz und damit die Wahlerfahrung der Bürger in den Mittelpunkt. Er leitet sich von der Converse'schen Theorie (1969, 1976) über den Zusammenhang zwischen "time and partisan stability" – also zwischen Zeit und der Stabilität der Parteibindungen – ab. Für Converse war das Stabilitätskriterium die Stärke der Parteibindungen. Er geht davon aus, daß junge Leute ihre Wähler-Karriere mit eher schwachen Parteibindungen beginnen. Erst mit der Zeit, und das heißt: mit zunehmender Wahlerfahrung für eine Partei, werden diese Bindungen stärker. Converse hat seine Lerntheorie der Parteibindungen mit Daten der Civic Culture-Studie (Almond & Verba 1963) überprüft und festgestellt, daß die Stabilisierung von Parteibindungen in neuen Demokratien nur wenige Generationen erfordert (1969: 143).

Wir gehen davon aus, daß die Konzentration der Parteibindungen auf eine und nur eine Partei ein wesentlicher Teil des Converse'schen Stabilisierungsprozesses ist. In den bewegten Zeiten des politischen Umbruchs – wie dem Wechsel von einem kommunistischen zu einem liberaldemokratischen Regime in den mittel- und osteuropäischen Ländern vor etwa einem Jahrzehnt – sind die Bürger typischerweise stark an der Politik interessiert und in die Politik involviert. Ohne viel Erfahrung mit den neuen parteilichen Akteuren auf der politischen Bühne mögen sie sich zu mehreren von ihnen hingezogen fühlen. Die Ausweitung der Parteibindungen – gemessen im Anteil der Parteigebundenen an der Gesamtbürgerschaft – kann so schnell voranschreiten und auch die Stärke dieser neuen Bindungen kann durchaus bemerkenswert sein. Diese Orientierung gründen jedoch noch nicht in Wahlerfahrungen und sind deshalb wahrscheinlich nicht sehr stabil.

Die Wahlerfahrungs-Hypothese geht davon aus, daß die Parteibindungen der Bürger sich um so mehr auf eine und nur eine Partei konzentrieren, je länger sie sich mit einem stabilen Set von parteilichen Wahloptionen auseinandersetzen. Danach sind multiple Parteibindungen eine Funktion des (mangelnden) Alters einer Demokratie. Aber auch der Wandel von Parteiensystemen – etwa die Entstehung neuer oder das Auseinanderbrechen traditioneller Parteien, kann multiplen Parteibindungen zuträglich sein.

2.2. Wahrscheinliche Konsequenzen multipler Parteibindungen

Das Wichtigste an (exklusiven) Parteibindungen ist die Tatsache, daß die Bürger zumeist die Partei wählen, mit der sie sich identifizieren. Wenn Wähler sich aber mit mehr als einer Partei verbunden fühlen und gleichwohl nur eine Stimme zu vergeben haben, wird diese wichtige Regelmäßigkeit im Wahlverhalten tendenziell zunichte gemacht. Man kann dem entgegenhalten, daß multiple Parteibindungen nicht gleich stark sein müssen und daß die Bürger wahrscheinlich zumeist die Partei wählen, mit der sie sich am stärksten verbunden fühlen. Gleichwohl gehen wir davon aus, daß *exklusive Parteibindungen einen stärkeren Einfluß auf die Wahlentscheidung nehmen als multiple Parteibindungen.*

3. Datengrundlage und Analyseverfahren

3.1. Datengrundlage

Die empirische Grundlage dieser Studie sind die Daten der ersten Erhebungsrunde der *Comparative Study of Electoral Systems* (CSES). Es handelt sich dabei um die umfassendste international-vergleichende Wahlstudie, die bisher durchgeführt wurde. Der Plan zu dieser Studie geht auf Steven Rosenstone und seine Kollegen von der ANES zurück, die im Herbst 1993 dem Steering Committee des ICORE² einen entsprechenden Vorschlag unterbreiteten. Unter der Schirmherrschaft von ICORE hat diese Studie bisher in 21 Nationen ein weitgehend identisches Fragebogenmodul in repräsentative Nachwahl-Umfragen eingeschaltet. 14 dieser 21 Studien können im ersten Teil der folgenden Analyse berücksichtigt werden, in dem Anteile multipler Parteibindungen mit strukturellen Merkmalen der politischen Systeme konfrontiert werden.³ Von diesen 14 Studien können 11 auch in den zweiten Teil der Analyse aufgenommen werden, in dem wir den relativen Effekt von exklusiven und multiplen Parteibindungen auf die Wahlentscheidung bestimmen. Multiple Parteibindungen wurden in sieben der bisher verfügbaren 21 CSES Studien nicht erhoben; diese Studien müssen hier unberücksichtigt bleiben (Tabelle 1).

3.2. Analyseverfahren

Die abhängige Variable der meisten Wahlanalysen ist die Wahlentscheidung. Da man in den meisten politischen Systemen nur eine Partei wählen darf, handelt es sich dabei zumeist um eine nominale, ipsative Variable. Daraus ergeben sich zwei zentrale Probleme. Das erste besteht darin, daß jede Erklärung von Wahlverhalten auf den intra-individuellen Vergleich der Wahloptionen abhebt; dieser Vergleich kann in Vielparteiensystemen nicht nachvollzogen werden, wenn sich die Analyse auf die eigentliche Wahlentscheidung konzentriert. Das zweite Problem ergibt sich daraus, daß die Analyse der Wahlentscheidung oft durch die kleine Anzahl von Befragten erschwert wird, die für eine der kleinen Parteien gestimmt haben.

Tabelle 1

Analysierte und nicht analysierte Länderstudien des CSES Moduls 1

im ersten Teil	in beiden Teilen	nicht analysiert
Deutschland	Deutschland	Argentinien
Litauen	Niederlande	Australien
Niederlande	Norwegen	Großbritannien
Norwegen	Polen	Israel
Polen	Spanien	Japan
Rumänien	Schweden	Mexiko
Spanien	Schweiz	Neuseeland
Schweden	Taiwan	
Schweiz	Tschechien	
Taiwan	Ungarn	
Tschechien	Vereinigte Staaten	
Ukraine		
Ungarn		
Vereinigte Staaten		
14	11	7

3.2.1. Die Parteipräferenz als alternative abhängige Variable

Man kann diese Probleme vermeiden, indem man die relative Präferenz für eine Partei als Indikator ihrer elektoralen Attraktivität zur abhängigen Variablen bestimmt. Diese Variable kann bei allen Befragten für alle Parteien gemessen werden. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die elektorale Attraktivität der Parteien zu bestimmen. Eine Möglichkeit besteht darin, die Wähler direkt zu fragen. Den Befragten der Europawahlstudien der Jahre 1989, 1994 und 1999 wurden z.B. alle die Frage gestellt: *Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Parteien, wie wahrscheinlich es ist, daß sie sie jemals wählen werden?*, worauf ihnen die Namen aller relevanten Parteien ihres Parteiensystems genannt wurden. Dieses Instrument ist der Wahlentscheidungsfrage insoweit überlegen, als die Befragten ihre relative Präferenz für alle zur Auswahl stehenden Parteien zu Protokoll geben können. Die 10-Punkte-Antwortskala erlaubt darüber hinaus eine kontinuierliche Ausdrucksweise dieser Präferenzen, im Gegensatz zum dichotomen Meßniveau der Wahlentscheidungsfrage.

Diese Wahlwahrscheinlichkeits-Fragen waren nicht Bestandteil des CSES Fragebogens. Sie können allerdings durch ein anderes Maß ersetzt werden, das aus den traditionellen Sympathieskalen entwickelt werden kann. Diese Sympathieskalen messen ebenfalls, wenn auch weniger direkt und fokussiert, die relative Attraktivität der konkurrierenden Parteien. In ihrer ursprünglichen Form eignen sie sich jedoch nicht als Indikator der elektoralen Attraktivität, da die Parteiensympathie auch durch nicht wahlrelevante Merkmale einer Partei beeinflusst werden kann.

Die Rangordnung der Parteien, die sich aufgrund der Sympathieskalen abbilden läßt, sollte dagegen ein relativ robustes und wenig kontaminiertes Maß der elektoralen Attraktivität darstellen. Um parteispezifische Rangplätze zu ermitteln, transformieren wir die Sympathiewerte in sogenannte 'Partei-Präferenz-Punkte' (ppp's). Dies geschieht dadurch, daß die Sympathiewerte für alle möglichen Paare von relevanten Parteien⁴ verglichen werden und der Partei, die als „Sieger“ aus einem Vergleich hervorgeht (weil sie den höheren Sympathie-Wert hat), ein Präferenzpunkt zugewiesen wird. Im Falle von „ties“ wird jeder der beiden Parteien ein Präferenzpunkt zugewiesen. Die so ermittelten ppp's variieren zwischen 0 und $\langle \max n \rangle$, wobei $\langle \max n \rangle$ die Anzahl der relevanten Parteien minus 1 ist. '0' ist der Wert für die Partei, die keinen Vergleich gewonnen hat; $\langle \max n \rangle$ ist der Wert der Partei, die allen anderen vorgezogen wurde.

Dem Ganzen liegt die Annahme zugrunde, daß die Wähler am Ende die Partei wählen, die sie am stärksten präferieren; daß die Partei mit dem nächstbesten Präferenzwert die zweite Wahl ist, usw. Diese Annahme ist empirisch recht gut abgesichert. Es kann gezeigt werden, daß mehr als 90 Prozent derjenigen, die eine Partei allen anderen vorziehen, diese Partei auch wählen. Wir schließen daraus, daß die Parteipräferenz-Werte (ppp's) neben ihren anderen Qualitäten hinreichend genau auch das tatsächliche Wahlverhalten abbilden. Daraus ergibt sich, daß man aus der Analyse der Parteipräferenzen valide Schlußfolgerungen über das Wahlverhalten ableiten kann.

3.2.2. Die simultane Analyse von Parteipräferenzen

Üblicherweise würden diese Präferenzen als verschiedene Variablen in einer Datenmatrix erscheinen, die man kaum gleichzeitig analysieren kann. Allerdings interessieren die Determinanten der Parteipräferenz allgemein, nicht so sehr jene der Präferenz für eine bestimmte Partei. Die parteispezifische Analyse bekommt die intra-individuelle Variation solcher Präferenzen zwischen den Parteien nicht in den Griff, da sie sich ausschließlich auf die Variation zwischen Individuen konzentriert. Die umfassende Analyse solcher Präferenzen erfordert ein Design, welches intra-individuelle (zwischenparteiliche) and inter-individuelle Variation zugleich berücksichtigt. Dies kann erreicht werden, wenn man die ursprüngliche Datenmatrix in eine sogenannte „gestapelte“ Form bringt und jeden Präferenzwert, den ein Wähler einer Partei zuweist, als einen eigenständigen Fall betrachtet, den es zu erklären gilt. Die Befragten werden auf diese Weise durch eine Mehrzahl von Fällen in einer gestapelten Datenmatrix repräsentiert, wobei die Anzahl der Fälle der Anzahl der Parteien entspricht, für welche ein Präferenzwert erhoben wurde oder abgeleitet werden kann. Diese gestapelte Datenmatrix kann auf die gleiche Weise analysiert werden wie jede andere rechteckige Datenmatrix auch. Die abhängige Variable ist der Präferenzwert; individuelle Merkmale der Befragten, parteispezifische

sche Merkmal und, in system-vergleichenden Analysen, des politischen Systems, in welchem Befragte Parteien bewerten, können diesen Präferenzwerten als erklärende oder Kontrollvariablen beigelegt werden. Auch die eigentlichen unabhängigen Variablen (wie z.B. Parteibindungen, Kandidaten-Bewertungen und Issue-Orientierungen) müssen dem Format der gestapelten Datenmatrix angepasst werden. Ist dies jedoch berücksichtigt, kann man die kontinuierliche abhängige Variable „Parteipräferenz“ auch in einer gestapelten Datenmatrix mit bekannten und bewährten Analysemethoden wie der multiplen OLS-Regression analysieren.⁵

4. Ergebnisse

Diese methodischen Erwägungen werden erst im zweiten Teil der folgenden empirischen Analyse relevant, wo wir den relativen Effekte exklusiver vs. multipler Parteibindungen auf die Parteipräferenz und damit auf die Wahlentscheidung in elf politischen Systemen nachgehen werden. Wir beginnen zunächst mit einfacheren Dingen und betrachten die Häufigkeit des Phänomens multipler Parteibindungen.

4.1. Die Häufigkeit multipler Parteibindungen

Van der Eijk und Niemöller berichten aus ihren niederländischen Studien von Anfang der 1980er Jahre, daß “multiple Parteibindungen häufig auftreten” (1983: 338). Etwa die Hälfte aller Parteigegebenen und ein Drittel aller Wähler identifiziert sich danach mit mehreren Parteien. Wir können diese Ergebnisse nicht replizieren. Die Ergebnissen der niederländischen CSES zeigen, daß fast niemand in den Niederlanden sich mehr als einer Partei verbunden fühlt (Tabelle 2). Zusammen mit den Vereinigten Staaten bilden die Niederlande das Schlußlicht der Häufigkeitsverteilung multipler Parteibindungen. Dieser Unterschied zu den früheren Ergebnissen scheint auf Instrumenten-Effekten zu beruhen.⁶

Dies bedeutet nicht, daß multiple Parteibindungen überall so marginal sind wie in den Niederlanden. In den 14 CSES Studien, in denen die Fragen zur Parteibindungen vollständig erhoben wurden, stehen im Durchschnitt einer von zehn Wählern und einer von sechs Parteianhängern mehr als einer Partei nahe. Das ist ganz sicher keine zu vernachlässigende Größe: multiple Parteibindungen sind ein relevanter Aspekt parteilicher Orientierungen. Norwegen hält die Spitzenposition in dieser Hinsicht (22 Prozent aller Befragten stehen mehr als einer Partei nahe), dicht gefolgt von Tschechien (20 Prozent). Geringe Anteile fehlender Werte belegen, daß die Befragten ganz offensichtlich keine Probleme hatten, die entsprechenden Fragen im Interview zu beantworten.

Tabelle 2
Anzahl der Parteien, denen Wähler sich verbunden fühlen
(Angaben in Prozent)

Land	keine Partei	eine Partei	zwei Parteien	drei Parteien	<i>mehr als eine</i>	fehlende Werte
Norwegen	16	62	12	10	22	1
Tschechien	19	61	12	8	20	2
Ungarn	38	45	10	7	17	1
Schweden	15	69	10	6	16	11
Ukraine	25	61	12	3	15	9
Polen	33	56	10	2	12	6
Litauen	56	32	8	4	12	6
Deutschland	33	57	9	2	11	0
Taiwan	53	41	5	2	7	3
Schweiz	32	62	5	1	6	1
Spanien	34	61	5	1	6	1
Rumänien	45	52	2	1	3	5
Niederlande	33	66	1	0	1	0
Vereinigte Staaten	25	75	0	0	0	1
Mittelwert	33	57	7	3	10	3

Quelle: *Comparative Study of Electoral Systems* (1st module 1996 – 2000). Die Daten werden vom Sekretariat der CSES zugänglich gemacht, das von der *American National Election Study* am Institute for Social Research der University of Michigan, Ann Arbor, Michigan, USA unterhalten wird. Eine Reihe nationaler Studien konnte aufgrund von Abweichungen vom gemeinsamen Fragebogen nicht einbezogen werden. Multiple Parteibindungen wurden nicht erhoben in Argentinien, Australien, Großbritannien, Japan, und Mexiko. Die Filterführungen in der israelischen und neuseeländischen Studie weichen vom vereinbarten Standard ab.

Norwegen hat den höchsten Anteil multipler Parteibindungen, der in dieser Studie gemessen wurde. Wir wollen deshalb die norwegische Situation etwas näher beleuchten, bevor wir unsere vier Hypothesen überprüfen. In Tabelle 3 sind die „zusätzlichen“ Parteibindungen der Norwegerinnen und Norweger sortiert nach ihrer „wichtigsten“ Parteibindung dargestellt. Die häufigste „zusätzliche“ Parteibindung der Anhänger der Linksozialisten ist die mit der Arbeiterpartei; andere Linksozialisten stehen aber auch der Christlichen Volkspartei und sogar dem Zentrum nahe. Zahlreiche Anhänger der Arbeiterpartei stehen auch Linksozialisten nahe, aber auch der Christlichen Volkspartei und den Konservativen. Und nicht wenige Anhänger der Konservativen sympathisieren mit der Christlichen Volkspartei, der Fortschrittspartei und der Arbeiterpartei. Es wird deutlich, daß die Grenzen zwischen den norwegischen Parteien nicht sehr dicht sind. Zahlreiche Parteianhänger stehen mehr als einer Partei nahe, und die „andere“ Partei muß sich durchaus nicht in der engen ideologischen Nachbarschaft der Partei befinden, mit der man sich am stärksten verbunden fühlt.

Tabelle 3
Multiple Bindungen mit wem? Das Beispiel Norwegens
(Angaben sind Reihenprozente und Anzahl der Fälle)

stärkste Parteibindung	alle Parteibindungen						n
	1	2	3	4	5	6	
1 Linksozialisten ^b	68 ^a	17	6	8	1	0	139
2 Arbeiterpartei ^c	11	68	8	3	6	4	656
3 Christliche Volkspartei ^d	5	6	72	12	3	2	197
4 Zentrum ^e	8	5	15	66	4	1	149
5 Konservative ^f	0	9	15	1	65	11	288
6 Fortschritt ^g	1	8	4	3	13	82	170

Quelle: *Comparative Study of Electoral Systems* (1st module 1996 – 2000). (a) Lies: während 68 Prozent der Anhänger der Linksozialisten sich keiner anderen Partei verbunden fühlen, identifizieren sich 17 Prozent auch mit der Arbeiterpartei, usw. (b) *Sosialistisk Venstreparti* (c) *Det Norske Arbeiderparti* (d) *Kristelig Folkeparti* (e) *Senterparti* (f) *Høyre* (g) *Fremskrittspartiet*.

4.2. Kommen multiple Parteibindungen in Vielparteiensystemen häufiger vor?

Die Klassifizierung von Parteiensystemen nach der Zahl der relevanten Parteien ist eine anspruchsvolle Aufgabe (Sartori 1976), der wir uns hier nicht zuwenden werden. Für unsere Zwecke genügt es, zwischen zwei Klassen von Parteiensystemen zu unterscheiden – einer mit vielen und einer zweiten mit wenigen Parteien. Parteien sind allerdings verschieden, manche sind wichtiger als andere. Ob ein Parteiensystem „viele“ oder „wenige“ Parteien umfaßt, bestimmen wir deshalb nicht einfach aufgrund der Anzahl der Parlamentsparteien, sondern ermitteln die „effektive Anzahl der Parteien“ (Laasko & Taagepera 1979) für jedes Land.⁷ Die entsprechenden Indexwerte der 14 hier untersuchten Länder sind in Tabelle 4 dokumentiert.

Tabelle 4
„Effektive Anzahl der Parteien“ (EAP)
nach der letzten Wahl der Mitglieder des nationalen Parlamentes

Ukraine	10,8
Litauen	7,9
Rumänien	6,2
Schweiz	5,9
Niederlande	5,3
Tschechien	4,7
Ungarn	4,6
Polen	4,4
Schweden	4,4
Deutschland	3,3
Taiwan	3,2
Norwegen	3,1
Spanien	3,1
Vereinigte Staaten ^a	2,4

Source: <http://www.agora.stm.it/elections>. (a) Präsidentschaftswahl von 1996.

Die Indexwerte sind breit gestreut, sie reichen von 2 für die Vereinigten Staaten bis 14 für die Ukraine. Um zwei gleichstarke Klassen von Parteiensystemen zu bilden, bezeichnen wir solche mit vier oder weniger „effektiven Parteien“ als „Wenigparteiensysteme“ und solche mit fünf oder mehr „effektiven Parteien“ als „Vielparteiensysteme“. Die Parteiensystem-Hypothese sagt voraus, daß der Anteil multipler Parteibindungen in Parteiensystemen mit vielen effektiven Parteien höher sein sollte als in solchen mit wenigen. Schaubild 2 zeigt die Ergebnisse.

Schaubild 2
Multiple Parteibindungen
und das Format des Parteiensystems

	wenig effektive Parteien : bis zu 4	viele = 5 und mehr ^a	
multiple Parteibindungen: wenig	Deutschland Spanien Taiwan Vereinigte Staaten	Niederlande Rumänien Schweiz	7
viele ^b	Norwegen Polen Schweden	Litauen Tschechien Ungarn Ukraine	7
	7	7	14

Quelle: Tabellen 1 und 3.

Anmerkung: (a) Wir nehmen den Median der Verteilung der EAPs als Kriterium und definieren jene Länder mit einer EAP von 4.5 oder darunter als "wenig" und solche mit 4.6 oder mehr als "viel". (b) Wir nehmen den Median der Verteilung der Anteile multipler Parteibindungen (vgl. Tabelle 1) als Kriterium und definieren Länder mit 11 Prozent und darüber als "viele" und solche darunter als "wenig".

Deutschland, Spanien, Taiwan und die Vereinigten Staaten haben wenig effektive Parteien und vergleichsweise niedrige Anteile multipler Parteibindungen. Dem entsprechen auf der anderen Seite Litauen, Tschechien, die Ukraine und Ungarn, die viele effektive Parteien und relativ hohe Anteile multipler Parteibindungen aufweisen. Zusammen entsprechen also acht unserer 14 Länder der Parteiensystem-Hypothese, während die sechs verbleibenden Länder – darunter die Niederlande – ihr widersprechen. Die Parteiensystem-Hypothese ist damit nur schwach bestätigt. Wir schließen daraus, daß das Format des Parteiensystems zwar mit dem Phänomen multipler Parteibindungen zu tun hat, aber sicher nicht seine zentrale Ursache ist.

4.3. Kommen exklusive Parteibindungen unter reinen Mehrheitswahlrecht häufiger vor?

Die Wahlrechts-Hypothese geht davon aus, daß das reine Verhältniswahlrecht die Identifikation mit nur einer Partei fördert, während gemischte und Mehrheitswahlssysteme aufgrund ih-

rer stärkeren Hervorhebung der Kandidaten diesen Effekt nicht haben. Wir können dieses Argument testen, indem wir den Einfluß des Wahlrecht eines Landes auf den Anteil exklusiver Parteibindungen an allen Parteibindungen überprüfen (damit halten wir das Niveau der Parteibindungen konstant). Schaubild 3 berichtet die Ergebnisse dieser Überprüfung.

Schaubild 3
Multiple Parteibindungen
und das Wahlrecht

	nicht ^a	reine Verhältniswahl	
exklusive Parteibindungen: relativ wenig	Litauen Ukraine Ungarn	Norwegen Polen Schweden Tschechien	7
relativ viel ^b	Deutschland Taiwan Vereinigte Staaten	Niederlande Rumänien Schweiz Spanien	7
	6	8	14

Anmerkungen: (a) Klassifikation des Wahlrechts nach Blais & Massicotte 1997.
(b) Wir berechnen für jedes Land den Anteil exklusiver Parteibindungen an allen Parteibindungen, nehmen den Median dieser Verteilung als Kriterium und klassifizieren Länder mit 84 oder mehr Prozent exklusiver Parteibindungen als "relativ viel" und Länder mit weniger als "relativ wenig".

Es ergibt sich, daß die Konzentration individueller Parteibindungen auf eine Partei nicht vom Wahlrecht abhängt, jedenfalls nicht nach unserer zugegebenermaßen etwas groben Klassifikation der untersuchten Länder in reine Verhältniswahlssysteme und andere. Sieben Länder – Litauen, die Ukraine und Ungarn auf der einen Seite und die Niederlande, Rumänien, die Schweiz und Spanien auf der anderen – entsprechen der Wahlrechts-Hypothese während sieben andere ihr widersprechen. Während das Wahlrecht also einen wichtigen Einfluß auf viele Aspekte der Wahl nimmt – wie z.B. die Übersetzung von Wählerstimmen in Parlamentssitze oder die Wahlbeteiligung – scheint es die für die Entwicklung von Parteibindungen irrelevant zu sein.

4.4. Kommen multiple Parteibindungen in neuen Demokratien häufiger vor?

Converse geht davon aus, daß die Stabilisierung von Parteibindungen Zeit braucht. Zeit meint in diesem Zusammenhang hauptsächlich Wahlerfahrung. Je öfter man eine bestimmte Partei wählt, umso stärker wird die Bindung an diese Partei. Die Parteibindungen spezifischer politischer Generationen werden natürlich auch durch politische Konjunktoren und herausragende

Ereignisse geprägt, aber die sich aus der anwachsenden Wahlerfahrung ergebenden Lebenszyklus-Effekte sind wichtiger (Converse 1969, 1976; neuerdings Cassel 1999). Wir haben argumentiert, daß die Konzentration individueller Parteibindungen auf eine spezifische Partei ein wichtiger Aspekt – wenn nicht sogar der eigentliche Kern – dieses Stabilisierungsprozesses ist. Wenn das richtig ist, sollten multiple Parteibindungen in neuen Demokratien zahlreicher sein als in alten. Das Ergebnis unserer empirischen Überprüfung dieser Hypothese ist in Schaubild 4 dokumentiert.

Schaubild 4
Multiple Parteibindungen
und das Alter der Demokratie

	alte Demokratie	neue ^a	
multiple Parteibindungen: wenig	Deutschland Niederlande Spanien Schweiz Taiwan Vereinigte Staaten	Rumänien	7
viel ^b	Schweden Norwegen	Litauen Polen Tschechien Ukraine Ungarn	7
	8	6	14

Quelle: Tabelle 1.

Anmerkungen: (a) „Neue“ Demokratien sind solche, deren Parteienwettbewerb sich nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa grundsätzlich neu strukturiert hat; der Parteiegensätze in „alten“ Demokratien gibt es schon länger. (b) Wir nehmen den Median der Verteilung der Anteile multipler Parteibindungen als Kriterium und klassifizieren Länder mit 11 Prozent oder mehr als „viel“ und solche darunter als „wenig“.

Nach Converse (1969) „altern“ Demokratien ziemlich schnell: die Stabilisierung von Parteibindungen erfordert nach seinen Ergebnissen nur wenige Generationen. Wir betrachten deshalb nur die the post-kommunistischen Systeme Mittel- und Osteuropas als „neue Demokratien“, und halten ihnen den ganzen Rest unserer 14 Länderstudien (einschließlich Taiwan, das noch nicht sehr lange zu den liberal-demokratischen Systemen zählt) entgegen. Fünf der sechs so definierten „neuen Demokratien“ weisen „viele“ multiple Parteibindungen auf, nur Rumänien schert hier aus. Auf der anderen Seite sind sechs der acht „alten Demokratien“ durch „wenig“ multiple Parteibindungen gekennzeichnet; die zwei abweichenden Fälle sind Norwegen und Schweden. Insgesamt wird die Wahlerfahrungshypothese also durch elf unserer 14 Länderstudien gestützt, während ihr drei widersprechen.

Ganz offensichtlich ist also das Alter der demokratischen Parteienkonkurrenz mit der Häufigkeit multipler Parteibindungen verknüpft: je älter, desto weniger. Auf diesem Hintergrund gewinnen die drei abweichenden Fälle besondere Bedeutung. Warum ist die individuelle Konzentration der Parteibindungen in Rumänien bereits wenige Jahre nach dem Umbruch so weit entwickelt? Und warum sind multiple Parteibindungen in den alten skandinavischen Demokratien Norwegens und Schwedens so unerwartet zahlreich?

Was Rumänien angeht, kann das abweichende Ergebnis womöglich auf die Spezifika der untersuchten Wahl vom November 1996 zurückgeführt werden. Es handelt sich hierbei sehr deutlich um eine Wahl des Umbruchs, die auf der Wählerseite durch eine besonders hohe Mobilisierung und ideologische Polarisierung und auf der Parteienseite durch eine ausgeprägte Konzentration des Parteiensystems gekennzeichnet war (z.B. Denève 2000). Es ist nicht unwahrscheinlich, daß beide Entwicklungen, die im Ergebnis zur Abwahl der postkommunistischen PDSR führten, eine große Koalition zwischen CDR, USD und UDMR installierten und damit einen demokratischen Machtwechsel hervorbrachten, auch zur Konzentration der Parteibindungen in der Wählerschaft beigetragen haben.

Für Norwegen und Schweden liegen die Dinge anders. Die skandinavischen Demokratien haben eine alte und starke Tradition konsensualer Politik (z.B. Pappi & Schmitt 1994). Konsensuale Demokratien kennzeichnen sich allgemein dadurch, daß auch die Parteien der Opposition in die Definition der Regierungspolitik miteinbezogen werden, und durch das weitreichende Legitimationseinverständnis ihrer Bürger (z.B. Luebbert 1986). Es ist zumindest nicht unplausibel, daß Parteibindungen unter solchen Rahmenbedingungen auch in einer alten Demokratie weniger „exklusiv“ sind als anderwo.

Wenn wir die Ergebnisse dieses Abschnitts zusammenfassen, erscheint die mangelnde Wahlerfahrung als der zentrale Faktor hinter multiplen Parteibindungen. Je weniger wahlerfahren ein Elektorat, umso häufiger sind multiple Parteibindungen.

4.5. Multiple Parteibindungen als Determinanten der Wahlentscheidung

Wir wenden uns schließlich der Frage der Verhaltensrelevanz multipler vs. exklusiver Parteibindungen zu. Sind multiple Parteibindungen schlechtere Prädiktoren von Parteipräferenzen und Wahlentscheidung als exklusive Parteibindungen? Um diese Frage schlüssig zu beantworten, empfiehlt es sich, die Parteipräferenzen von Befragten mit exklusiven und von solchen mit multiplen Parteibindungen separat zu analysieren. Die oben dargestellte Methode der simultanen Analyse der elektoralen Attraktivität aller relevanten Parteien ist hierzu vorzüglich geeignet. Sie erlaubt es uns, multiple Parteibindungen der Befragten in den entsprechenden

Parteistapeln⁸ zu kodieren und Parteibewertungen von Befragten mit exklusiven und von solchen mit multiplen Parteibindungen separat zu analysieren (wobei diese Parteibewertungen jeweils mit denen von Befragten ohne Parteibindung kontrastiert werden).

Vor diesem größeren analytischen Rahmen sind zwei spezifische Analysestrategien hervorzuheben. Die eine geht auf die (angenommene) kausale Ordnung des klassischen sozialpsychologischen Modells des Wahlverhaltens zurück (Schaubild 1). Parteipräferenzen werden schrittweise regrediert – zunächst auf sozialstrukturelle Faktoren, dann auf Parteibindungen, und zuletzt auf wahlspezifische Faktoren der Issue-Orientierungen⁹ und der Kandidaten-Bewertungen. Nach jedem Regressionsschritt wird der Anteil der (zusätzlich) erklärten Varianz bestimmt; diese Anteile werden darauf zur Beurteilung der relativen Erklärungskraft der einzelnen Prädiktoren (-gruppen) herangezogen. Zusätzlich zu dieser ΔR^2 – Analysestrategie werden simultane multiple Regressionen durchgeführt (bei sorgfältiger Beachtung des Multikollinearitäts-Problems). Die Ergebnisse beider Analysereihen sind in den Tabellen 5 und 6 widergegeben.

Diese Tabellen legen eine Reihe von Schlußfolgerungen nahe, die z.T. über den Rahmen dieses Papiers hinausführen. Wenn wir uns auf unsere Forschungsfrage konzentrieren und mit den Ergebnissen der ΔR^2 – Analysestrategie beginnen, finden wir unsere Erwartung klar bestätigt. Exklusive Parteibindungen haben unverkennbar einen stärkeren Einfluß auf die Parteipräferenz (und damit am Ende auf das Wahlverhalten) als multiple Parteibindungen. Dies wird durch die mittleren Anteile erklärter Varianz bestätigt, trifft aber auch in jedem einzelnen der untersuchten Länder zu. Der ermittelte Unterschied in der Erklärungskraft ist dabei durchaus nicht marginal: er beträgt im Durchschnitt fast zehn Prozent zusätzlich (zur Sozialstruktur) erklärter Varianz. Wahlspezifische Faktoren finden wir etwas wichtiger für die Parteipräferenz (und in der Folge für die Wahlentscheidung) von Wählern mit multiplen Parteibindungen, während sozialstrukturelle Faktoren hier etwas weniger wichtig sind. Wir können dies so verstehen, daß Wähler mit multiplen Parteibindungen weniger gut in ihr soziales Umfeld integriert sind als solche mit exklusiven Parteibindungen, daß sie sich stärker durch tagespolitische Ereignisse beeindrucken lassen, und daß die Wahlkampfthemen und das zur Wahl stehende politische Führungspersonal für sie eine größere Bedeutung haben. Dies ergibt sich erneut aus dem Vergleich von mittleren Anteilen erklärter Varianz, trifft aber auch für jede einzelne der hier analysierten Länderstudien zu.

Tabelle 5
Die Effekte exklusiver und multipler Parteibindungen auf das Wahlverhalten, Teil I
(Angaben sind Zuwächse in der erklärten Varianz wenn nicht anders angezeigt)

Prädiktoren	exklusive Parteibindung vs. keine					multiple Parteibindungen vs. keine				
	zuerst: Sozial- struk- tur ^a	dann: Partei- bin- dungen	dann: Issues & Kandi- daten ^b	ins- gesamt erklärte Varianz	gültige Fälle ^c	zuerst: Sozial- struk- tur ^a	dann: Partei- bin- dungen	dann: Issues & Kandi- daten ^b	ins- gesamt erklärte Varianz	gültige Fälle ^c
Länder ^d										
Spanien	10	19	15	44	2646	06	02	20	28	2206
Vereinigte Staaten	13	19	10	42	2948	-	-	-	-	-
Schweden	14	16	20	50	4095	10	07	25	42	3826
Tschechien	22	13	18	55	5986	21	07	22	50	5817
Norwegen	19	13	19	52	10416	17	08	21	47	10250
Niederlande	14	12	11	37	7342	12	00	14	26	6334
Ungarn	23	11	17	52	4749	21	07	19	47	4718
Polen	11	11	13	35	6740	08	05	15	28	6329
Schweiz	08	11	09	28	7057	02	02	11	20	6332
Deutschland	25	10	09	44	7544	23	04	11	37	6979
Taiwan	11	07	06	24	2192	09	00	08	17	1954
Mittelwert	15	13	13	42		13	04	15	32	

Quelle: *Comparative Study of Electoral Systems* (1st module 1996 – 2000).

Anmerkungen: Mit Ausnahme Deutschlands, wo die Übereinstimmung der Befragtenanteile mit den Bevölkerungsanteilen in Ost und West hergestellt wurde, sind die analysierten Datensätze ungewichtet. Abhängig sind Parteipräferenzen (ppp's) und nicht die eigentliche Wahlentscheidung. Es wurden schrittweise OLS-Regressionen durchgeführt, wobei sozialstrukturelle Faktoren zuerst eingeführt wurden, darauf Parteibindungen, und schließlich die wahl-spezifischen Faktoren der Issue-Orientierung und Kandidatenbewertung. (a) Der Effekt sozialstruktureller Faktoren auf die Parteipräferenz wird repräsentiert durch vorhergesagte Parteipräferenz-Werte, die mittels einer Regression der tatsächlichen Präferenzwerte auf Alter und Geschlecht, Gewerkschaftsmitgliedschaft, Religiosität (Kirchgangshäufigkeit und Atheismus), Bildung (Hauptschule, Universität) und Merkmale des unmittelbaren Lebensumfeldes (Dorf, Großstadt) bestimmt wurden. Atheismus wurde in der Schweizer Studie nicht erhoben und konnte dort nicht berücksichtigt werden. Für die Vereinigten Staaten wurde als zusätzliches sozialstrukturelles Merkmal die Rasse der Befragten berücksichtigt. (b) Wahlspezifische Faktoren sind Issue-Orientierungen (gemessen als Links-Rechts-Distanz zur bewerteten Partei) und die Beurteilung des Parteiführers der bewerteten Partei. In den Vereinigten Staaten wurden die Parteien nicht auf der Links-Rechts-Dimension eingestuft. Die hohen Anteile fehlender Werte für Taiwan legen es nahe, daß die Befragten dort mit den Links-Rechts-Fragen nicht viel anzufangen wußten. Deshalb bleiben die wahl-spezifischen Faktoren für die Vereinigten Staaten und Taiwan auf die Beurteilung der Parteiführer beschränkt. Beurteilungen der Parteiführer wurden in der Schweiz nicht durchgängig erhoben; wahl-spezifische Faktoren bleiben deshalb dort auf Issue-Orientierungen beschränkt. (c) Analyseeinheiten („Fälle“) sind Parteibewertungen der Befragten und nicht die Befragten selber; die dazugehörige Analysetechnik der gestapelten Datenfiles wird im Text erklärt. (d) Drei der 14 zuvor analysierten Studien konnten aufgrund gravierender Lücken in der Datenmatrix in der multivariaten Analyse nicht berücksichtigt werden. Es handelt sich dabei um Litauen (Richtung der Parteibindungen nicht vollständig erfaßt), Rumänien (Sympathie- und Links-Rechts-Plazierungen für unterschiedliche Parteien erhoben) und die Ukraine (Sympathie-Skalen und Links-Rechts-Plazierungen nicht für alle relevanten Parteien erhoben).

Tabelle 6
Die Effekte exklusiver und multipler Parteibindungen auf das Wahlverhalten, Teil II
(Angaben sind betas wenn nicht anders angezeigt)

Prädiktoren	exklusive Parteibindungen vs. keine				multiple Parteibindungen vs. keine			
	Sozial- struk- tur ^a	Partei- bin- dung	Links- Rechts- Distanz ^b	Partei- Führer ^c	Sozial- struk- tur ^a	Partei- bin- dung	Links- Rechts- Distanz ^b	Partei- Führer ^c
Länder ^d								
Vereinigte Staaten	.15	.29	na	.37	-	-	-	-
Schweiz	.17	.28	-.31	na	.18	.12	-.34	na
Niederlande	.18	.24	-.17	.30	.21	.04	-.18	.32
Norwegen	.20	.23	-.22	.37	.21	.14	-.23	.39
Schweden	.17	.23	-.35	.26	.18	.14	-.36	.28
Polen	.16	.21	-.20	.28	.17	.12	-.21	.29
Spanien	.10	.21	-.15	.39	.13	ns	-.14	.41
Taiwan	.18	.20	na	.27	.20	ns	na	.30
Deutschland	.31	.20	-.09	.30	.34	.10	-.10	.31
Ungarn	.23	.17	-.11	.44	.23	.09	-.12	.45
Tschechien	.20	.16	-.12	.47	.21	.07	-.13	.49
Mittelwert	.19	.22	-.19	.35	.21	.07	-.20	.32

Quelle: *Comparative Study of Electoral Systems* (1st module 1996 – 2000).

Anmerkungen: ns = nicht signifikant unter $p=.05$. na = nicht erhoben (nicht verwendbar im Falle Taiwan's). Mit Ausnahme Deutschlands, wo die Übereinstimmung der Befragtenanteile mit den Bevölkerungsanteilen in Ost und West hergestellt wurde, sind die analysierten Datensätze ungewichtet. Abhängig sind Parteipräferenzen (ppp's) und nicht die eigentliche Wahlentscheidung. Wiedergegeben werden standardisierte Effekte aus multiplen OLS-Regressionen. (a) Der Effekt sozialstruktureller Faktoren auf die Parteipräferenz wird repräsentiert durch vorhergesagte Parteipräferenz-Werte, die mittels einer Regression der tatsächlichen erhobenen Präferenzwerte auf Alter und Geschlecht, Gewerkschaftsmitgliedschaft, Religiosität (Kirchgangshäufigkeit und Atheismus), Bildung (Hauptschule, Universität) und Merkmale des unmittelbaren Lebensumfeldes (Dorf, Großstadt) bestimmt wurden. Atheismus wurde in der Schweizer Studie nicht erhoben und konnte dort nicht berücksichtigt werden. Für die Vereinigten Staaten wurde als zusätzliches sozialstrukturelles Merkmal die Rasse der Befragten berücksichtigt. (b) Die Links-Rechts-Distanz ist die Distanz, die die Befragten zwischen sich und der bewerteten Partei wahrnehmen. Die amerikanischen Parteien wurden nicht auf der Links-Rechts-Skala eingestuft. Erhöhte Anteile fehlender Werte in Taiwan legen es nahe, daß das Instrument dort nicht greift. In den Teil-Analysen für die Vereinigten Staaten und Taiwan konnte die Links-Rechts-Distanz nicht verwendet werden. (c) In der Schweiz wurden Parteiführer-Bewertungen nicht für alle relevanten Parteien erhoben; die Variable konnte in der entsprechenden Teil-Analyse nicht verwendet werden. (d) Drei der 14 zuvor analysierten Studien konnten aufgrund gravierender Lücken in der Datenmatrix in der multivariaten Analyse nicht berücksichtigt werden. Es handelt sich dabei um Litauen (Richtung der Parteibindungen nicht vollständig erfaßt), Rumänien (Sympathie- und Links-Rechts-Plazierungen für unterschiedliche Parteien erhoben) und die Ukraine (Sympathie-Skalen und Links-Rechts-Plazierungen nicht für alle relevanten Parteien erhoben).

Betrachten wir anstelle der Zuwächse in der erklärten Varianz die standardisierte Partialeffekte (β 's), finden wir für Wähler mit multiplen Parteibindungen das relative Gewicht sowohl der Sozialstruktur als auch der wahlspezifischen Faktoren erhöht. Dies ergibt sich aus der simultanen Regression, da nun ein schwächerer Parteibindungseffekt nicht nur den Effekten von Kandidaten und Issues, sondern auch jenem der sozialstrukturellen Merkmale mehr Raum läßt. Das zentrale Ergebnis stimmt jedoch völlig mit dem der vorhergehenden Analyse über-

ein: die relative Bedeutung multipler Parteibindungen für Parteipräferenzen und die Wahlentscheidung ist deutlich schwächer als die relative Bedeutung exklusiver Parteibindungen.

Zum Schluß soll hier nur noch auf die außerordentliche Bedeutung der Parteiführer für Ausgestaltung der Parteipräferenzen und für die Wahlentscheidung hingewiesen werden. In beiden Sets simultaner Regressionen (Tabelle 6) sind die Bewertungen der politischen Führer im Schnitt der bei weitem mächtigste Prädiktor der Parteipräferenz.¹⁰

5. Parteibindungen in der Schweiz

(Halb-) Direkte Demokratie und Konkordanz als vorherrschendes Entscheidungsmuster hindern die Schweizerinnen und Schweizer ganz offensichtlich nicht daran, sich mit ihren Parteien zu identifizieren. Das Niveau der Parteibindungen in der Schweiz liegt ziemlich exakt im Mittel der hier untersuchten 14 Länderstudien (zwei von drei Befragten fühlen sich einer Partei verbunden), und der Anteil jener mit multiplen Bindungen ist mit sechs Prozent minimal (Tabelle 2). Wenn es richtig ist, daß die Intensität der ideologischen Auseinandersetzung zwischen den Parteien die Voraussetzung für lebendige und stabile Parteibindungen ist (Schmitt & Holmberg 1995), und wenn es weiterhin zutrifft, daß die Gegensätze zwischen den Parteien der Schweiz geringer sind als anderswo, dann sind wir hier mit einem interessanten und erklärungsbedürftigen abweichenden Fall konforntiert.

Andererseits ist das Niveau der Parteibindungen auch in den konsensualen skandinavischen Demokratien immer noch außerordentlich hoch, auch wenn für diese Länder die Erosionstendenzen in zeitvergleichenden Analysen besonders gut dokumentiert sind. Hierzu liegen uns für die Schweiz keine vergleichbaren Informationen vor. Skandinavische und schweizerische Befunde unterscheiden sich allerdings deutlich hinsichtlich des Ausmaßes der individuellen Konzentration von Parteibindungen.

6. Zusammenfassung

Was wir die holländische Hypothese genannt haben geht davon aus, daß die Bürger sich nicht mit Parteien identifizieren, sondern mit sozialen Gruppen und, im Bereich der Politik, mit ideologischen Richtungen. In dieser Sichtweise sind Parteibindungen nur ein Vexierbild der Realität. Daraus läßt sich ableiten, daß die Bürger und Wähler sich mit mehreren Parteien verbunden fühlen können wenn eine bestimmte ideologische Richtung durch mehrere politische Parteien repräsentiert ist.

Die Analyse von 14 Länderstudien aus der ersten Runde der *Comparative Study of Electoral Systems* hat gezeigt, daß multiple Parteibindungen tatsächlich ein relevanter Teilaspekt parteilicher Orientierungen sind. Nennenswerte Anteile nationaler Wählerschaften identifizieren sich mit mehr als einer Partei.

Die Ursachen dieser multiple Parteibindungen lassen sich allerdings nicht durch die holländische Hypothese fassen. Das Format des Parteiensystems kann nicht wirklich erklären, wo wir wenige und wo viele multiple Parteibindungen vorfinden. Gleiches gilt für die Wahlrecht-Hypothese. Was wichtig ist, ist Zeit und Wahlerfahrung – ganz in Übereinstimmung mit den Converse'schen Einsichten von vor 30 Jahren. Je länger die Bürger und Wähler sich mit einem Set von parteilichen Wahlalternativen auseinandersetzen, und je öfter sie eine bestimmte Partei wählen, umso enger wird ihre Bindung an dieser Partei. Dies ist die Ursache dafür, daß multiple Parteibindungen in den neuere Demokratien Mittel- und Osteuropas so viel zahlreicher sind als in den älteren Demokratien in unserer Studie.

Mit Blick auf die Verhaltenskonsequenzen von Parteibindungen hat sich ergeben, daß multiple Bindungen deutlich schwächere Prädiktoren der Parteipräferenz und der Wahlentscheidung sind als exklusive Bindungen an eine konkrete politische Partei.

Die erste Runde der CSES Erhebungen hat somit erwiesen, daß die Bürger und Wähler sich nicht so sehr ideologischen Richtungen, sondern politischen Parteien verbunden fühlen. Und es ist vielleicht mehr als bloßer Zufall, daß diese Studie im gleichen Institut erdacht und koordiniert wird, in dem das Konzept der Parteibindungen ursprünglich entwickelt wurde.

6. Anmerkungen

¹ Dies ist eine leicht überarbeitete und ins Deutsche übersetzte Version eines Papiers, das auf dem diesjährigen IPSA Kongreß in Quebec präsentiert wurde. Tanja Binder hat mich bei der Arbeit an diesem Papier kompetent unterstützt. Sibylle Hardmeier und Sören Holmberg haben mir den frühzeitigen Zugang zu ihren respektiven nationalen CSES Modulen gewährleistet. Andrea Römmele und Evi Scholz sowie die Teilnehmer am CSES-Panel in Quebec haben frühere Versionen des Papiers kritisch kommentiert. Ihnen allen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

² ICORE ist das Akronym des *International Committee for Research into Elections and Representative Democracy*. ICORE ist der „Club“ der etablierten Nationalen Wahlstudien mit gegenwärtig 15 Mitgliedsstudien weltweit.

³ In diesem ersten deskriptiven Teil der Analyse wurden die Daten gewichtet, wo immer die Datensätze geeignete Gewichtungsfaktoren enthielten.

⁴ Im Rahmen dieser Studie ist eine Partei relevant, wenn sie in der analysierten Wahl 5 oder mehr Prozent der gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnte. Alle anderen Parteien werden ignoriert, unter „Sonstige“ zusammengefaßt, usw. In der gestapelten Datenmatrix werden ausschließlich Bewertungen von und Präferenzen gegenüber relevanten Parteien berücksichtigt.

⁵ Die grundlegende Studie für diesen Ansatz ist Van der Eijk, Franklin, et al. (1996). Ebenfalls hilfreich sind Oppenhuis (1995), Schmitt (1998, 1999, 2000), Tillie (1995), Van der Eijk, Franklin und van der Brug (1999).

⁶ Während der CSES Fragebogen viel Raum bereitstellt für die Verkodung möglicher weiterer Parteien, denen sich die Befragten verbunden fühlen können, fragt er bewußt nicht direkt nach multiplen Parteibindungen. Es sollte damit vermieden werden, daß das Instrument den Befragten suggeriert, daß es solche multiplen Bindungen geben sollte. Im Gegensatz dazu wurde in der niederländischen Studie gefragt: „Are there any other parties to which you feel attracted?“ (vgl. van der Eijk und Niemöller 1983: 335) Wir gehen davon aus, daß diese Frage ein affirmatives Response Set aktiviert und dadurch die Häufigkeit des Phänomens überschätzt wird.

⁷ Wenn v_j der Stimmenanteil der j ten Partei ist, dann ist die effektive Anzahl der Parteien $(\sum v_j^2)^{-1}$.

⁸ Während der CSES-Fragebogen die Kodierung von bis zu drei unterschiedlichen Richtungen der Parteibindungen erlaubt, wird die Stärke dieser Parteibindungen nur für die Partei ermittelt, der man sich am stärksten verbunden fühlt. Um dieses Informationsdefizit zu überbrücken nehmen wir an, daß die Stärke der Bindung an eine mögliche zweite oder dritte Partei minimal ist.

⁹ Im Rahmen der CSES Studie können Issue-Orientierungen nur als Links-Rechts-Distanzen zwischen Befragten und Partei operationalisiert werden. Einschätzungen der Parteienkompetenz, die als mächtigere Prädiktoren der Wahlentscheidung bekannt sind, waren nicht Gegenstand des Fragebogens der ersten Runde.

10

7. Literatur

- Almond, G.A. und S. Verba. 1963. *The Civic Culture*. Princeton: Princeton University Press.
- Blais, A. und L. Massicotte. 1997. "Electoral Formulas: A Macroscopic Perspective." *European Journal of Political Research* 32:107-29.
- Campbell, A., P.E. Converse, W.E. Miller und D.E. Stokes. 1960. *The American Voter*. New York: Wiley.
- Cassel, C. A. 1999. "Testing the Converse Party Support Model in Britain." *Comparative Political Studies* 32:626-44.
- Converse, P.E. 1976. *The Dynamics of Party Support*. Sage: Beverly Hills [=Sage Library of Social Research, Vol. 35].
- _____. 1969. "Of Time and Partisan Stability." *Comparative Political Studies* 2:139-171.
- Fiorina, M.P. 1981. *Retrospective Voting in American National Elections*. New Haven: Yale University Press.
- Fisher, S. D. 2000. *Tactical Voting in England, 1987 to 1997*. Mimeo.
- Franklin, C.H. 1984. "Issue Preferences, Socialization, and the Evolution of Party Identification." *American Journal of Political Science* 28:459-78.
- Franklin, C.F. und J.E. Jackson. 1983. "The Dynamics of Party Identification." *American Political Science Review* 77:957-73.
- Laakso, M. und R. Taagepera. 1979. "Effective Number of Parties: A Measure with Application to West Europe." *Comparative Political Studies* 12:3-27.

- Luebbert, G. M. 1986. *Comparative Democracy. Policy Making and Governing Coalitions In Europe and Israel*. New York: Columbia University Press.
- MacKuen, M.B., R.S. Erikson und J.A. Stimson. 1989. "Macropartisanship." *American Political Science Review* 83:1125-42.
- Oppenhuis, E. 1995. *Voting Behavior in Europe. A Comparative Analysis of Electoral Participation and Party Choice*. Amsterdam: Het Spinhuis.
- Page, B.I. und C. Jones. 1979. "Reciprocal Effects of of Policy Preferences, Party Loyalties and the Vote." *American Political Science Review* 73:1071-89.
- Pappi, F. U. und H. Schmitt. 1994. *Parteien, Parlamente und Wahlen in Skandinavien*. Frankfurt am Main: Campus.
- Sartori, G. 1976. *Parties and Party Systems*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schmitt, H. 2000. „Zur vergleichenden Analyse des Einflusses gesellschaftlicher Faktoren auf das Wahlverhalten: Forschungsfragen, Analysestrategien und einige Ergebnisse.“ In *Wahlen und Wähler*, eds. H.-D. Klingemann and M. Kaase. Opladen: Westdeutscher Verlag (forthcoming)
- _____. 1999. *Der Einfluß politischer Streitfragen auf die Wahlentscheidung und die Effektivität politischer Repräsentation*. Berlin: Freie Universität (mimeo).
- _____. 1998. „Issue-Kompetenz oder Policy-Distanz?“ In *Wahlen und Wähler*, eds. M. Kaase and H.-D. Klingemann. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Thomassen, J. 1976. "Party Identification as a Cross-National Concept: It's Meaning in the Netherlands." In *Party Identification and Beyond*, eds. I. Budge et al. London: John Wiley.
- Tillie, J. 1995. *Party Utility and Voting Behavior*. Amsterdam: Het Spinhuis.
- Van der Eijk, C. und B. Niemöller. 1983. *Electoral Change in the Netherlands*. Amsterdam: CT Press.
- _____, M. N. Franklin und C. van der Brug. 1999. 'Policy Preferences and Party Choice.' In *Political Representation and Legitimacy in the European Union*, eds. H. Schmitt and J. Thomassen. Oxford: Oxford University Press.
- Whiteley, P.F. 1988. "The Causal Relationships Between Issues, Candidate Evaluations, Party Identification, and Vote Choice - the View from 'Rolling Thunder'." *Journal of Politics* 50:961-984.

Anhang

CSES MODULE 1 QUESTIONNAIRE:
The Party Identification Questions

SHORT VERSION OF Q3: TO BE USED IN POLITIES WHERE NO PARTY BLOCKS (OR ELECTION ALLIANCES) FORMED

SQ3. Do you usually think of yourself as close to any particular political party?

- 1 YES
- 5 NO → Skip to SQ3C
- 8 Don't know → Skip to SQ3C

SQ3a. Which PARTY is that? (RECORD ALL PARTIES, response categories range from 0-96)

First PARTY mentioned: _____
IF ONLY ONE PARTY IS MENTIONED → SKIP TO SQ3e

Second PARTY (if volunteered): _____
IF MORE THAN ONE PARTY IS MENTIONED → SKIP TO SQ3b

Third PARTY (if volunteered): _____
IF MORE THAN ONE PARTY IS MENTIONED → SKIP TO SQ3b

98 Don't know → Skip to SQ3c

SQ3b. Which party do you feel closest to?

Party identified: _____ → Skip to SQ3e

97 No party identified → Skip to SQ4

SQ3c. Do you feel yourself a little closer to one of the political parties than the others?

- 1 YES
- 5 NO → Skip to Q4
- 8 Don't know → Skip to Q4

SQ3d. Which party is that?

Party identified: _____

SQ3e. Do you feel very close to this party, somewhat close, or not very close?

- 1 VERY CLOSE → Skip to Q4
- 2 SOMEWHAT CLOSE → Skip to Q4
- 3 NOT VERY CLOSE → Skip to Q4
- 8 Don't know → Skip to Q4

LONG VERSION OF Q3: TO BE USED IN POLITIES WHERE AT LEAST ONE PARTY BLOCK (OR ELECTORAL ALLIANCE) FORMED

LQ3. Do you usually think of yourself as close to any particular political party?

- 1 YES
- 5 NO → Skip to LQ3c
- 8 Don't know → Skip to LQ3c

LQ3a. Which PARTY is that? (RECORD ALL PARTIES, response categories range from 0-96)

First PARTY mentioned: _____
IF ONLY ONE PARTY BLOCK IS MENTIONED → SKIP TO LQ3a1
IF ONLY ONE PARTY (WITHIN A BLOCK) IS MENTIONED → SKIP TO LQ3e

Second PARTY (if volunteered): _____
IF MORE THAN ONE PARTY IS MENTIONED → SKIP TO LQ3b

Third PARTY (if volunteered): _____
IF MORE THAN ONE PARTY IS MENTIONED → SKIP TO LQ3b

- 98 Don't know, no party mentioned → Skip to LQ3c

LQ3a(1). Which party in [NAME OF BLOCK] do you feel closest to?

First PARTY mentioned: _____
IF ONLY ONE PARTY BLOCK IS MENTIONED → SKIP TO LQ3e

Second PARTY (if volunteered): _____
IF MORE THAN ONE PARTY IS MENTIONED → SKIP TO LQ3b

Third PARTY (if volunteered): _____
IF MORE THAN ONE PARTY IS MENTIONED → SKIP TO LQ3b

- 98 Don't know → Skip to LQ3c

LQ3b. Which party do you feel closest to?

Party identified: _____ → Skip to LQ3e

- 97 No party identified

LQ3c. Do you feel yourself a little closer to one of the political parties than the others?

- 1 YES
- 5 NO → Skip to Q4
- 8 Don't know → Skip to Q4

LQ3d. Which party is that?

Party identified: _____

LQ3e. Do you feel very close to this (party/party block), somewhat close, or not very close?

- 1 VERY CLOSE
- 2 SOMEWHAT CLOSE
- 3 NOT VERY CLOSE
- 8 Don't know